

10.10.2017

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

Tihange abschalten – grenzübergreifende Energieversorgung verbessern

zum Eilantrag der Fraktionen der CDU und der FDP „Nordrhein-westfälische Regionen unterstützen und unabdingbare Transparenz gewährleisten – Tihange abschalten!“ (17/849)

I. Fraktionsübergreifender Konsens – Tihange und Doel abschalten

Das belgische Atomkraftwerk Tihange nahe der nordrhein-westfälischen Grenze sowie das Atomkraftwerk Doel bei Antwerpen sind immer wieder durch technische Probleme und Störfälle in die Schlagzeilen geraten. Die belgische Atomaufsicht hat am 24. November 2015 die erneute Inbetriebnahme der Blöcke Doel 3 sowie Tihange 2 beschlossen. Die Blöcke der Kraftwerke Doel (Block 3) und Tihange (insbesondere Block 2, aber auch Block 3) wurden seit 2012 wiederholt nach technischen Problemen stillgelegt und wieder angefahren.

In Nordrhein-Westfalen ist mit der Stilllegung des Atomkraftwerks Würgassen in den neunziger Jahren die kommerzielle Nutzung der Atomkraft beendet worden. Diese Entwicklung bewahrt NRW heute vor ähnlichen Problemen mit alten störanfälligen Atomkraftwerken. Die Energiepolitik in anderen Staaten und Bundesländern zur Fortführung der gefährlichen Atomtechnologie kann aber auch in NRW nach wie vor Auswirkungen haben, wie das Beispiel des belgischen Kernkraftwerkes in Tihange zeigt.

In der vergangenen Wahlperiode hat der Landtag Nordrhein-Westfalen fraktionsübergreifend am 1. Dezember 2016 den Beschluss „Tihange abschalten“ (Drs. 16/13612) gefasst. Der Antrag drückt den Konsens der demokratischen Fraktionen im Landtag NRW aus, dass im Interesse von Leben und Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen die sofortige und endgültige Abschaltung der Kernreaktoren in Tihange erfolgen solle. Die rot-grüne Landesregierung hatte sich in der letzten Wahlperiode mit Nachdruck sowohl gegenüber der deutschen Bundesregierung wie auch gegenüber den belgischen Behörden für diese gemeinsame Forderung eingesetzt.

Datum des Originals: 10.10.2017/Ausgegeben: 10.10.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Nach den aktuellen Protesten in der Grenzregion hat nun der Betreiber des Atomkraftwerks in Tihange, Electrabel eine beschränkte Einsicht in wichtige Unterlagen zur Sicherheit der Kraftwerke ermöglicht. Dies ist ein erster Schritt, reicht aber bei weitem nicht aus, um eine für alle Seiten zufriedenstellende Bewertung der Sicherheitslage rund um die Kraftwerke vornehmen zu können.

Über die aktuelle Einschätzung und Verbesserung der Sicherheitslage in den betroffenen Reaktoren hinaus ist eine Schlüsselfrage in der Auseinandersetzung mit der belgischen Seite das berechnete Interesse unseres Nachbarlandes nach Energieversorgungssicherheit. Dafür bietet eine verstärkte grenzübergreifende Zusammenarbeit für die bessere Anbindung des belgischen Stromnetzes an das deutsche und das europäische Stromnetz eine große Chance, wie sie auch von der letzten Landesregierung vorangetrieben wurde.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich für einen konstruktiven energiepolitischen Dialog auf Augenhöhe zwischen Belgien und Deutschland und damit auch Nordrhein-Westfalen einzusetzen.
- sich auch Bundesebene weiterhin mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung alles ihr Mögliche unternimmt, um eine sofortige und endgültige Stilllegung des Atomreaktors in Tihange, insbesondere des störanfälligen Reaktors Tihange 2, zu erreichen.
- die grenzüberschreitende energiewirtschaftliche und –politische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Belgien unter Beteiligung der Netzbetreiber Elia und Amprion mit dem Ziel das belgische und deutsche Stromnetz zu verbinden und so maßgeblich dazu beizutragen, die Versorgungssicherheit auch ohne Atomkraft in Belgien sicher zu stellen.
- sich für eine schnellstmögliche Realisierung der Netzverbindung ALEGrO I von Oberzier in NRW nach Lixhe nördlich von Lüttich in Belgien und für die Aufnahme in den Netzentwicklungsplan 2030 einer zweiten Netzverbindung im Süden Nordrhein-Westfalens in Richtung Tihange und deren planerische Umsetzung einzusetzen
- sich für die Realisierung eines Konverters für die Umwandlung von Wechselstrom in Gleichstrom im Bereich Kaarst im Rahmen der Stromtrasse vom Emsland nach Philippsburg in Baden-Württemberg einzusetzen.

Norbert Römer
Marc Herter
Michael Hübner
Frank Sundermann
Karl Schultheis

und Fraktion